

MIT:RESOLUTION

LANDWIRTSCHAFT

2023

BESCHLUSS DES 16. BUNDESMITTELSTANDSTAGS AM 8./9. SEPTEMBER 2023

Mehrwert der Landwirtschaft

Die gesellschaftliche Situation von Landwirten ist schwierig. Sie werden häufig zu Unrecht schlecht dargestellt oder es wird ein romantisierendes und veraltetes Bild der Landwirtschaft vermittelt. Das Mittel der Wahl muss deshalb mehr Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sein, um der Bevölkerung ein reales Bild von der modernen Landwirtschaft vor unserer Haustür zu vermitteln. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für die Bundesrepublik Deutschland geht zudem über den eigentlichen Sektor hinaus, denn Produktionszweige wie etwa der Weinanbau sind ebenfalls wichtiger Bestandteil unserer Lebenskultur und bieten touristische Attraktivität für Gäste aus nah und fern.

Die Themengebiete Landwirtschaft und gesunde Ernährung sollten zukünftig bereits in der Schulausbildung mehr Raum einnehmen. Ziel ist es in der Schule ein realistisches Bild vom vielfältigen und fordernden Berufsalltag eines modernen Landwirtes und deren Rolle für die Gesellschaft zu vermitteln.

Landwirtschaftliche Infrastruktur

Bereits heute haben sich viele landwirtschaftliche Betriebe zu energieerzeugenden kleinen und dezentralen Kraftwerken weiterentwickelt und leisten durch die nachhaltige Nutzung von Sonne, Wind, Biogas, Fauna und Flora einen Beitrag zur Energiewende sowie zum Klimaschutz und zum Tierwohl. Auf Grundlage von durchdachten und auf langjährigen Erfolg ausgerichteten Investitionsprogrammen der Bundesrepublik Deutschland soll unsere lokale und regionale Landwirtschaft zukünftig fit gemacht werden für aktuelle und zukünftige Transformationsprozesse.

- 1) Deutschland benötigt ein Förderprogramm zum Ausbau der regionalen Einspeise-, Nieder- und Mittelspannungsnetze in räumlicher Nähe zu landwirtschaftlichen Betrieben.
- 2) Die deutsche Landwirtschaft soll im internationalen Wettbewerb dauerhaft konkurrenzfähig und ressourcenschonend wirken können. Deshalb soll durch ein Bundesentwicklungsprogramm der Ausbau der digitalen Infrastruktur über Glasfaser und 5G bis an die letzte Milchkanne unterstützt werden.
- 3) Die Gründung und der Betrieb von staatlichen Schlachtbetrieben und Mühlen wird im Fall des weiteren Rückgangs des privatwirtschaftlichen Angebotes erforderlich und dient dem Erhalt einer flächendeckenden deutschen Landwirtschaft.

4) Eine unstrukturierte Auszahlung von Finanzhilfen nach dem Gießkannen-Prinzip lehnen wir ab. Die zukünftigen Investitionsprogramme sind auf Junglandwirte zu fokussieren. Investitions-, Förder- und Ausgleichprogramme welche im Ergebnis zu einer Destrukturierung der heimischen Landwirtschaft führen werden nicht fortgeführt. Als Negativbeispiele sind hier die Programme GAP, Gölz etc. exemplarisch zu nennen.

Fakten und Fachpersonal für Zukunftsherausforderungen

Die Regionalisierung erfordert Strukturveränderungen in allen Gliedern der Lebensmittelversorgungskette. Es ist die Aufgabe der deutschen Politik, die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zu garantieren. Eine ausreichende Nahversorgung trägt zur Stärkung kommunaler Standorte bei. Starke Kommunen und eine starke heimische Wirtschaft tragen wiederum zur Stärkung des gesamten Wirtschaftsstandorts bei. Maßgebend für die Politik in Deutschland muss sein, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft sowie die der regionalen Verarbeiter und der Direktvermarktung zu verbessern. Hier fordern wir, dass gleiche Bedingungen für alle geschaffen werden, damit faire Wettbewerbsbedingungen für alle Erzeuger und Vermarkter innerhalb der Europäischen Union geschaffen werden. Es ist wichtig, dass Investoren eine Investitions- und Planungssicherheit haben. Ferner soll der Markt landwirtschaftlicher Erzeugnisse und deren Vorprodukte von einer europäischen und internationalen Import- und Preisabhängigkeit geschützt werden. Die deutschen Landwirte müssen gegen staatliche Bevormundung und Planwirtschaft ebenso geschützt werden wie vor Diskriminierung und Enteignung. Im Kern muss der deutschen Politik klar werden, dass Landwirte von der Wertschöpfung Ihrer Arbeit (durch kostendeckende Produkte) leben wollen und nicht von Hilfsprogrammen (wie im Ökolandbau wo durchschnittlich über 120% des Gewinns aus Subventionen stammen).

1) Das Bundeslandwirtschaftsministerium muss in der nächsten Legislaturperiode wieder fachkompetent von der CDU geführt werden.

2) Die Entbürokratisierung und insbesondere die Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens von europäischen und staatlichen Landwirtschaftshilfen ist dringend geboten.

3) Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit der deutschen Bevölkerung soll durch eine gesetzliche Untergrenze beim Selbstversorgungsgrad in Höhe von ca. 90% gesichert werden.

4) Die beschlossene Reform der Düngeverordnung ist zu widerrufen und auf eine faktenbasierte Grundlage zu stellen.

5) Ein pauschales Verbot von Pflanzenschutzmitteln gefährdet Ernten in Qualität und Quantität. Dies können und dürfen wir uns vor dem Hintergrund von globalen Hungerkrisen und steigenden Lebensmittelpreisen nicht leisten. Am Ende führen ideologische Denkblockaden in diesem Bereich zu einer Gefahr für die landeseigene Lebensmittel- und die Ernährungssicherheit sowie einer unweigerlich steigenden Importabhängigkeit.

6) Die Ursachen des Insektenrückgangs müssen ergebnisoffen, wissenschaftlich und frei von Ideologie geführt werden. Landwirtschaftliche Flächen in Schutzgebieten müssen auch zukünftig nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch erfolgreich bewirtschaftet werden können. Zukünftige Schutzgesetzte dürfen nicht zu einer entschädigungslosen Enteignung führen. Es bedarf der Möglichkeit zu einem echten Vertragsnaturschutz statt

Verboten, damit Landwirte auch mit Naturschutz ihren Lebensunterhalt auskömmlich bestreiten können.

7) Seitens der EU sind einheitliche europäische Förderrichtlinien für den Agrar-Sektor anzuwenden, um eine Wettbewerbsverzerrung im EU-Binnenmarkt zu verhindern.

8) Landwirte wollen vom Ertrag ihrer Arbeit leben und nicht von Hilfsprogrammen. Die europäischen landwirtschaftlichen Leitlinien „Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“, „Green-Deal“ und „Farm to Forke“ sind keine wünschenswerten Leitbilder und Zukunftsaussichten für die deutsche Landwirtschaft, da Sie Landwirte in einem hohen Grad von staatlichen Zahlungen und nicht vom eigenen wirtschaftlichen Erfolg abhängig machen.

9) Die wachsende Zahl an internationalen Freihandels- und Konklusionsabkommen (wie etwa Mercosur) ist kritisch zu sehen, da sie zu einer wachsenden Konkurrenz aus dem Ausland und einem ressourcenintensiven internationalen Lebensmittel-Discount-Preiskampf führen. Zudem verlieren wir einen Großteil unseres Einflusses auf Qualität, Erzeugungs- und Tierhaltungsprozesse.

Begründung:

Die deutsche Landwirtschaft befindet sich am Scheideweg und für Deutschland steht nicht weniger als die Ernährungs- und Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung auf dem Spiel. Die aktuelle Problemlage ist durch einen von Ideologie, Moral und Hype geprägten nationalen und europäischen Politikstil in Landwirtschaftsfragen, sowie nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierenden Entscheidungen und daraus folgenden unwirksamen Maßnahmen entstanden. Die vorliegende „Resolution Landwirtschaft 2023“ formuliert und adressiert die Kernanliegen der deutschen Landwirte, ebenfalls benennt sie die bestehenden Probleme und Herausforderungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Ohne eine nachhaltige politische Besinnung auf die Gewährleistung der Kernaufgaben der deutschen Landwirtschaft wird ein unkontrollierter Transformationsprozess die über Jahrzehnte gewachsene gesamtdeutsche Kulturlandschaft zerstören und mit ihr tausende von kleinen und mittelständischen Höfen und deren lokale Arbeitsplätze zu Grabe tragen. Die Ergebnisse der aktuellen Politik werden weder eine Verbesserung des Tierwohls, des Umweltschutzes, weniger Gentechnik oder gar eine merkliche Emissionsreduzierung sein. Nein, die Folge wird eine weitere europäische und internationale Import- und Preisabhängigkeit für fast alle notwendigen und dringend benötigten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und deren Vorprodukte sein.

Die Kernaufgabe der deutschen Landwirtschaftspolitik ist es sicherzustellen, dass die deutschen Landwirte einen politischen und rechtlichen Rahmen vorfinden, welcher es Ihnen ermöglicht, unkompliziert auf den im Bundesgebiet vorhanden landwirtschaftlichen Flächen alle zur Versorgung der deutschen Bevölkerung notwendigen landwirtschaftlichen Produkte und Vorprodukte in ausreichender Menge, guter Qualität und nach ethischen Grundsätzen erzeugen zu können.

Landwirte sind Unternehmer. Sie benötigen einen langfristig gesicherten politischen Rahmen, der es Ihnen ermöglicht vor Ort qualitativ hochwertige, gesunde und zugleich bezahlbare Lebensmittel und Agrarprodukte produzieren zu können. In der Landwirtschaft werden Investitionsentscheidungen auf lange Sicht getroffen und benötigen deshalb eine wirkungsvolle Planungs- und Rechtssicherheit, damit Investitionen nicht zur Kostenfalle werden.

Die MIT Deutschland stellt sich hinter die deutschen Landwirte! Unsere Landwirte helfen regelmäßig schnell, unbürokratisch und unentgeltlich bei Schadensereignissen wie beispielsweise der Flutkatastrophe im Ahrtal. Sie engagieren sich in der Gesellschaft und packen mit an. Gleiches müssen sie auch von den Entscheidungsträgern in der Politik erwarten können. Die deutsche Landwirtschaft ist systemrelevant und fordert zurecht mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihre umfangreiche tägliche Arbeit, und zwar nicht nur sporadisch in Not- und Krisenzeiten.